

## KOMMT DAS INTERKOMMUNALE GEWERBEGEBIET?

# Empfingen: Der Gemeinderat muss entscheiden/Horb: strategisch der bessere Standort/Eutingen: vorstellbar

VON REINHARD SEIDEL

**Empfingen wird – außer einer kleinen, unrentablen Erweiterung seines Gewerbegebiets „Autobahnkreuz“ – alleine wohl kein neues, etwa 30 Hektar großes Gewerbegebiet auf die Beine stellen können. Die Lösung wäre ein Interkommunales Gewerbegebiet (IKG) zusammen mit der Stadt Horb. Weder dessen Oberbürgermeister Peter Rosenberger, noch Eutingens Bürgermeister Armin Jöchle würden hier Steine in den Weg legen. Die Frage ist aber, ob der Empfänger Gemeinderat das will. Heute in einer Woche soll er dies entscheiden.**



Empfingen. Am 6. Juli war im Empfinger Rathaus hinter verschlossenen Türen ein Informationsgespräch zum Thema Erweiterung des Gewerbegebiets. Daran teil nahmen neben dem kompletten Gemeinderat mit Bürgermeister Albert Schindler auch die beiden (Ober-)Bürgermeister der Verwaltungsgemeinschaft Horb, Eutingen, Empfingen, also Peter Rosenberger und Armin Jöchle. Darüber hinaus saßen, wie Albert Schindler der SÜDWEST PRESSE erläutert, mit am Tisch der Horber Sachbearbeiter Peter Klein, der für

die Stadtentwicklung sowie den Flächennutzungsplan verantwortlich zeichnet sowie Verbandsdirektor Dirk Büscher vom Regionalverband Nordschwarzwald.

Bekanntlich möchte Empfingen das Gewerbegebiet „Autobahnkreuz“ um etliche Hektar vergrößern. Die Fläche muss aber im Flächennutzungsplan ausgewiesen werden. Im Vorfeld hatte das Büro Gfrörer zwei mögliche Standorte untersucht. Klare Erkenntnis war, dass das Areal östlich der Autobahn deutlich besser geeignet sei, als ein Gebiet westlich der Autobahn im Gewann „Stocken“ nördlich der Straße zwischen Empfingen und Wiesenstetten. Es folgte eine „vertiefende Untersuchung“. Diese zeigte, so Schindler, dass die äußere Erschließung mit Kanal und Wasser im „Stocken“ 1,5 Millionen, östlich der Autobahn „nur“ eine Million Euro kostete.

Grund dafür ist das nötige Retentionsbecken, in welches das reine Oberflächenwasser zur Versickerung geleitet werden muss, strikt getrennt vom Schmutzwasser. Vom „Stocken“ aus müsste eine lange Leitung in Richtung Häselgraben gebaut werden. Zudem läge diese in der vorgesehenen Trasse der Nordumgehung. Im anderen Gebiet müsste nur die Bundesstraße zwischen Empfingen und Haigerloch mit einer Leitung gequert werden, denn südlich befindet sich eine Schafweide, die heute schon im Besitz der Gemeinde ist.

## **Empfingen müsste**

### **Rechte abgeben**

Seit einiger Zeit gibt es im Empfänger Rat auch die Überlegung, die Trasse der Nordumgehung zu verlegen, und zwar weiter östlich des erweiterten Gewerbegebiets. Dies hätte laut Schindler den „Reiz“, dass der Verkehr schon vor dem Autobahnknoten und der Robert-Bosch-Straße, also der jetzigen Zufahrt zum Gewerbegebiet, nach Norden um den Ort geführt würde. Der Verkehrs-Knotenpunkt würde damit entlastet.

Schindler kommt dann auf die „aktuelle Realität“ zu sprechen. Verbandsdirektor Büscher beharrt auf dem Standpunkt: Empfingen ist ein Kleinzentrum und kein Gewerbeansiedlungsschwerpunkt (obwohl Büscher bei Empfingen „Bestflächen“ für die Gewerbeansiedlung ausgemacht hat, siehe unten den Kasten). Demnach dürfe die Gemeinde neue Gewerbeflächen nur für den Eigenbedarf ausweisen, maximal zehn Hektar.

Das anvisierte Gebiet, so Schindler, solle aber 30 Hektar umfassen, da sonst die äußere Erschließung „wirtschaftlich nicht interessant“ sei. Dreimal Widerspruch eingelegt hat Empfingen auch gegen die Sichtweise des

Regionalverbands, dass der Bereich östlich der Autobahn ein „regionaler Grünzug, mit Vorrang für Landwirtschaft“ sei.

Dagegen halte Büscher viel von einem „Interkommunalen Gewerbegebiet“. Schindler: Nun sei es Aufgabe des Empfänger Gemeinderats am 26. Juli darüber zu beraten, ob man das wolle oder nicht. Horb warte auf ein Signal.

Schindler blickt nach Zimmern ob Rottweil, wo ein Zweckverband mit Rottweil gegründet wurde. Spannend sei, dass Rottweil selbst keine Fläche einbringe, aber das gleiche Gewicht in der Verbandsversammlung besitze. Auch in Empfingen werde dieses 50 zu 50-Verhältnis zum Tragen kommen.

Wenn sich hier zur Gründung des IKG ein Zweckverband gründete, dann würden sich Empfingen und Horb die Kosten, aber auch die Einnahmen über die Grund- und Gewerbesteuer teilen. Schindler: „Wir geben einen Teil unserer Rechte ab, obwohl wir dies wirtschaftlich nicht nötig hätten. Wollen wir das? Aber wir haben formell das Problem, dass uns nur die Eigenentwicklung zusteht.“ Er weist aber auch darauf hin, dass Horb als Gegenleistung in der Verwaltungsgemeinschaft Gewerbeflächen aus dem Flächennutzungsplan herausnehmen müsste.

Darauf angesprochen, meint Peter Rosenberger: „Ja, das stimmt. Die Marschroute des Landes ist, Flächenverbrauch zu vermeiden. Empfingen hat keine Gewerbeflächen, Horb schon. Horb könnte bei einem IKG als Pfund die Flächenreserve, Empfingen als Pfund die Grundstücke einbringen.“

Der Oberbürgermeister berichtet, dass sich Horb schon vor Monaten in den Gremien über die eigenen Gewerbeflächen unterhalten hat. Horb hätte zwar große Potentiale im Industriegebiet, die im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind. Rosenberger: „Wir glauben aber, dass für uns und die Region Empfingen strategisch gesehen, der bessere Standort ist. Aus Sicht der Regionalplanung könnte das IKG eine Lösung sein. Wir sind offen dafür.“

Eutingens Bürgermeister Armin Jöchle betont, dass die Gemeinde Eutingen im Gäu – wie Empfingen auch – die Voraussetzung dazu habe, „Gewerbeflächen verkehrlich an die Autobahn anzubinden, ohne eine Ortsdurchfahrt in Anspruch zu nehmen“. Da Eutingen „ein relativ geringes Arbeitsplatz- und Gewerbesteueraufkommen und die günstige Verkehrslage hat, ist es naheliegend auch künftig Gewerbeflächen zu entwickeln“.

### **Eutingen setzt (noch) auf eigene Gewerbeflächen**

Es liege zunächst an der Entscheidung Empfingens, „ob die große Lösung, eventuell mit der Maßgabe eines interkommunalen Gewerbegebietes, weiterverfolgt wird“. Der Eutinger Gemeinderat habe zu dem Thema noch keine Entscheidung getroffen. „Bislang wurde auf eine eigene Entwicklung von Gewerbeflächen gesetzt“, betont Jöchle.

Für eine Entscheidung im Rat brauche man erst die Rahmenbedingungen und Auswirkungen eines IKG. Jöchle wörtlich: „Wenn ein IKG Empfingen-Horb ohne Eutingen zustande kommt und Eutingen über den Flächennutzungsplan nicht eingeschränkt wird, kann ich mir das gut vorstellen.“

Und Jöchle schließt im Gespräch mit der SÜDWEST PRESSE nicht aus, dass, sollten zum Beispiel die Eutinger Bürger keine weitere Gewerbeansiedlung auf ihrer Gemarkung mehr wollen, dass sich Eutingen zu einem späteren Zeitpunkt auch an diesem möglichen IKG im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft beteiligen könnte.

Sie möchten diesen Artikel weiter nutzen? Dann beachten Sie bitte unsere Hinweise zur Lizenzierung von Artikeln.

(c) Alle Artikel und sonstigen Inhalte der Website sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weiterverbreitung ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags Schwäbisches Tagblatt gestattet.

19.07.2016 - 01:00 Uhr